



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

📄: Politische Briefe : 8. Die Thronrede.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

in Leipzig hat es übernommen, diese — übrigens in fünf Bände zerlegte — Ausgabe in treuer Nachbildung eines Grolierbandes aus dem sechzehnten Jahrhundert in rotes Saffianleder zu binden und dabei den höchsten Anforderungen an Eleganz und Solidität zu entsprechen. Der Preis dieser Extraausgabe beträgt für ein gebundenes Exemplar 600 Mark. Endlich hat der Verleger noch eine Art Rafaelalbum von der zuerst genannten Ausgabe abgezweigt: einen mäßigen Quartband, der genau in derselben Ausstattung wie jener auf 44 Tafeln die sämtlichen Madonnen und Heiligen Familien Rafaels enthält, denen eine kurze orientierende Einleitung vorausgeschickt ist. Diese Ausgabe kostet cartonniert 30, in Kallikoband 40 Mark.

Die Leser der Grenzboten sind nicht in den begütertesten, sicherlich aber in denjenigen Kreisen des deutschen Bürgertums zu suchen, in denen echte Bildung, ideale Gesinnung, künstlerischer und wissenschaftlicher Ernst und Abneigung gegen allen ephemeren, auf die Massen spekulirenden literarischen Modetand zu Hause sind. Wenn wir uns daher auch nicht einbilden, durch diese unsre Anzeige dem kunstfinnigen Verleger einen einzigen Käufer der Luxusausgabe seines Rafaelwerkes zuführen zu können, so dürfen wir doch annehmen, daß die beiden andern Ausgaben für manche unsrer Leser nicht unerschwinglich sein werden, und so haben wir es wenigstens an dieser Anregung nicht wollen fehlen lassen — zumal im Hinblick auf die herannahende Weihnachtszeit, wo es sicherlich wieder von allen Seiten „Prachtwerke ersten Ranges“ regnen wird. Hier ist einmal eins, das man ohne Gänsefüßchen schreiben kann.



Politische Briefe.

8. Die Thronrede.



ine bedeutende Thronrede, der sich nur die vorjährige Botschaft an den Reichstag zur Seite stellen läßt. Die preußische Thronrede vom 14. November 1882 ist die Tochter der deutschen Botschaft vom 17. November 1881. Alle Ziele der Botschaft sind festgehalten, soweit der preußische Landtag zur Erreichung dieser Ziele beitragen kann. Die Thronrede wiederholt die Aufgaben des preußischen Staates, seine Gemeinden zu entlasten, insbesondre durch Abnahme der Schullasten, aber auch die Eltern der schulpflichtigen Kinder aus den ärmern Volksklassen zu entlasten durch Abnahme des Schulgeldes für den Elementarunterricht. Die Thronrede wiederholt die Pflicht, den sozialdemokratischen Ausschreitungen nicht bloß durch Repression zu begegnen, sondern durch eine vom Staat ausgehende Förderung des Wohles der Arbeiter. So weit diese Förderung auf

organisatorischem Wege zu erfolgen hat, liegt sie der Reichsgesetzgebung ob. Der preußische Staat aber kann und soll für die ärmern Volksklassen durch Abnahme der Klassensteuer, zunächst der untersten Stufen derselben, eine wesentliche Erleichterung schaffen. Diese Erleichterung soll nach der Thronrede unverzüglich bewirkt werden und den neuen Landtag schon in der jetzt beginnenden Session beschäftigen.

Zu diesen guten Dingen braucht der preußische Staat Geld, und er kann dieses Geld nur vom Reiche fordern. Denn seine beste Steuerquelle, die indirekten Abgaben, hat der preußische Staat dem Reiche abgetreten. Schreibt auch die Reichsverfassung diese Abtretung nicht vor, so liegt sie doch in der Natur der Sache, weil die Ausbildung des indirekten Abgabensystems in den Einzelstaaten unvermeidlich die Einheit des deutschen Wirtschaftslebens zerreißen müßte. Nur vorsichtig, mit wohlervogener Auswahl und in beschränktem Maße kann daher die Gesetzgebung der Einzelstaaten noch mit der Einführung indirekter Steuern vorgehen.

Es muß im höchsten Grade auffallen und Bedenken erregen, daß gegen die Forderung einer Erhöhung der indirekten Abgaben im Reich Stimmen aus dem liberalen Lager laut wurden, welche einen Tadel erheben wollten, weil der preußische Staat für seine Bedürfnisse Abgaben des Reiches fordere. Ist das Reich etwa ein Kreis für sich neben den Einzelstaaten, der die letztern auf ihre eignen Kräfte verweisen darf? Das Reich hat die besten Kraftquellen der Einzelstaaten in Beschlag genommen, weil es imstande ist, sie am besten, nämlich einheitlich zu verwalten. Aber so war nicht gewettet, daß die Einzelstaaten diese Kraftquellen verlieren sollten, damit das Reich, welches noch nicht die ganzen deutschen Staatszwecke umfaßt, jene Kraftquellen verwende nur für den von ihm verwalteten Teil der deutschen Staatszwecke und im übrigen die Quellen vertrocknen lasse.

Die Reichsverfassung hat den Einzelstaaten die indirekten Steuern nicht durch ein formelles Verbot entzogen. Was sollte wohl aus dem Reich werden, wenn die Einzelstaaten notgedrungen wieder zur Selbstausbildung der indirekten Steuern greifen müßten? Nicht alle Einzelstaaten sind dazu befähigt, aber der preußische Staat ist es ganz gewiß. Es ist von seiten der preußischen Staatsregierung nur eine Bethätigung der Loyalität gegen das Reich, wenn sie sich an dasselbe um Ausbildung der indirekten Steuern wendet, anstatt dieselbe ihrerseits in die Hand zu nehmen. Es ist unbegreiflich, wie dem Liberalismus, sogar dem nationalen Liberalismus, diese augenfällige Seite des Gegenstandes entgehen kann. Hat man doch sogar im „Hannoverschen Courier,“ dem Organ des Herrn v. Bennigsen, am 28. Oktober eine Berliner Korrespondenz lesen müssen, mit dem an die preußische Regierung gestellten Verlangen, ihre Geldbedürfnisse ohne Anforderung an den Reichstag zu decken. Andere Stimmen haben vorher ein Geschrei erhoben, daß Preußen für seine Staatsbedürfnisse Geld aus den übrigen

Bundesstaaten in Anspruch nehmen wolle. Welch eine staunenswerte Thorheit! Wenn die Erträgnisse der indirekten Reichssteuern nach der Kopfszahl auf die Bundesstaaten verteilt werden, so zehren die kleineren Bundesstaaten von preussischen Erträgen, aber nicht umgekehrt. Preußen würde nur seinen Vorteil darin finden, wenn es mit einer eigenen indirekten Besteuerung vorgehe; aber die Einheit des Reiches, wie es jetzt verfaßt ist, das gleichmäßige Bestehen der fünfundzwanzig Bundesstaaten würden schlecht dabei fahren. Wenn der nationale Liberalismus auf diesem Standpunkt beharren sollte, so würde er ein sehr ernstes Zeugnis ablegen, das Zeugnis, daß er seinen nationalen Beruf aufgegeben hat, oder nicht imstande ist, denselben zu verstehen.

Daß die preussischen Geldbedürfnisse nicht gedeckt werden können durch Mitteln, die individualisiren wollender Veranlagung innerhalb der direkten Steuern, welche Mitteln Herr von Bötticher kleinlich genug war für ausreichend zu halten, das spricht die Thronrede mit großer Unumwundenheit aus. Eine Erhöhung der direkten Steuern oder auch nur eine Wiederaufhebung der von denselben neuerdings gesetzlich gewährten Erlasse erscheint ausgeschlossen, heißt es in derselben. Das Programm des Herrn v. Bötticher ist also von der Staatsregierung nicht angenommen worden. Aber man darf annehmen, daß die nationalliberale Partei auf demselben nicht beharren wird. Welcher aufrichtige Mann wagt zu behaupten, daß mit diesem Programm, mit der individualisirenden Veranlagung innerhalb der direkten Steuern, welche ohne widerwärtige inquisitorische Mittel nicht einmal zu versuchen ist, daß mit diesem Programm die Entlastung der Kommunen, die Übernahme der Schullast auf die allgemeine Staatsverwaltung, die notwendige Erhöhung der Beamtenbesoldungen, die teilweise Aufhebung der Klassensteuer zu erfüllen wären? Oder giebt es einen die Lage des Staates nicht verkennenden Mann, der vertreten möchte, daß diese Zwecke auf eine unbestimmte Zukunft aufgehoben werden sollen? Weil beides nicht möglich ist, wird die nationalliberale Partei sich besinnen, daß es für sie Zeit ist, der Regierung die Hand zu reichen, und die nationalliberale Partei wird, im Verein mit den beiden konservativen Parteien des Abgeordnetenhauses, die Majorität bilden, sobald sie will.

Worauf könnte die Partei rechnen, welchen Plan könnte sie verfolgen, wenn sie in der Negation beharrte? Sie könnte mit den Parteien der Linken und mit dem Zentrum alle Pläne der Regierung vereiteln. Aber sie könnte keinen Plan an die Stelle setzen, der mit dem Wohl des Reiches sich vertrüge. Sie könnte auch nicht beanspruchen, die Regierung zu übernehmen, um dann die Pläne der jetzigen Regierung durchzuführen; denn sie würde ihre jetzigen Bundesgenossen gegen sich haben, Zentrum und liberale Linke, und würde die konservativen Parteien, wenn sie dieselben jetzt von sich gestoßen hätte, nicht so leicht zum Vertrauen und zum Zusammenwirken bewegen.

Es ist fast undenkbar, daß diese Sachlage auf Seiten der nationalliberalen Partei nicht völlig begriffen und gewürdigt werden sollte. Wir glauben deshalb an die Majorität der vereinigten Konservativen und Nationalliberalen zu Gunsten der Regierungspläne, zu Gunsten der preussischen Gesetze, auf welche gestützt die preussische Regierung vom Reich die weitere Ausbildung des indirekten Steuersystems fordern und erlangen wird.

